



Susanne Mittag
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Susanne Mittag MdB: „Damit der Mensch im Mittelpunkt steht – Arbeit der Lebenshilfe hat einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert“

Delmenhorst, 28.05.2021

Susanne Mittag, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Paul-Löbe-Haus
Raum: 5.133
Telefon: +49 30 22778171
Fax: +49 30 22770173
susanne.mittag@bundestag.de

Wahlkreis:

Arthur-Fitger-Str. 10
27749 Delmenhorst
Telefon: +49 4221 1521212
Fax: +49 4221 1521222
susanne.mittag.ma05@bundestag.de

Am Freitag besuchte Susanne Mittag, SPD-Bundestagsabgeordnete für Delmenhorst, die Wesermarsch und Oldenburg-Land die Lebenshilfe in Delmenhorst. Vor Ort waren auch Deniz Kurku (SPD-Landtagsabgeordneter) und Funda Gür (SPD OB-Kandidatin für Delmenhorst). Im Gespräch mit der Geschäftsleitung unter Thomas Heyen ging es nicht nur um die Arbeit während der Corona-Pandemie und die damit verbundenen Veränderungen, sondern auch um das im März verabschiedete Teilhabestärkungsgesetz.

Es waren viele Fragen, die Susanne Mittag, Deniz Kurku und Funda Gür zum Termin bei der Lebenshilfe mitgebracht haben: Wie gestaltet sich die Arbeit der Lebenshilfe während der Pandemie? Welche Veränderungen finden statt, wo gibt es Probleme? Tina Cappelmann als zweite Geschäftsführerin machte dabei deutlich, dass zunächst eine große Unsicherheit und Unklarheit geherrscht habe. Je nach Arbeitsfeld hatte die Pandemie unterschiedliche Auswirkungen. Gerade im ambulanten Bereich war zunächst nicht klar, wie die Arbeit fortgeführt werden konnte. Deniz Kurku lobte hier: „Die Lebenshilfe hat es geschafft schnell pragmatische Lösungen vor Ort zu erarbeiten und dementsprechend umzusetzen.“ Verbesserungsvorschläge nimmt Kurku immer gerne entgegen, um sie im Corona-Sonderausschuss in Hannover vorzutragen.

Thomas Heyen als Geschäftsführer wies diesbezüglich darauf hin, dass Einrichtung der Eingliederungshilfe differenzierter betrachtet werden müssten. Häufig wären die Denkmuster zu starr oder Bereiche wie die gemeinschaftlichen Wohnformen würden komplett unberücksichtigt bleiben. Problematisch sei auch, dass Teilhabeeinrichtungen häufig mit Pflegeeinrichtungen gleichgesetzt werden würden. In diesem Zusammenhang machte Susanne Mittag deutlich: „Die Bereiche Pflege und Behinderung müssen komplett unterschiedlich betrachtet werden. Hier muss stetig dazugelernt werden, auch was die gesetzliche Grundlage angeht.“ Dazu gehört auch das Teilhabestärkungsgesetz, welches



im März durch den Bundestag verabschiedet wurde. Hier erkundigte sich Mittag nach einer Einschätzung der Lebenshilfe. Tina Cappelmann erklärte hierzu: „Es müssen praktikablere Regelungen gefunden werden, beispielsweise auch dort, wo Behinderte immer noch keinen Anspruch auf Leistungen der Pflegeversicherung haben. Häufig fehlen die Grundlagen für gute Lösungen.“ Diesen Forderungen konnte Susanne Mittag nur zustimmen und resümierte: „Einige wichtige Punkte, wie die Assistenz im Krankenhaus müssen aus Sicht der SPD dringend in das Teilhabestärkungsgesetz aufgenommen werden. Die Bestätigung durch die Einrichtung zeigt mir, dass hier Handlungsbedarf besteht.“

Neben der Einbindung von Bund und Land ist aber auch die Kommune gefordert. Insbesondere die Verwaltung muss sich hier neu erfinden. Dafür will sich auch Funda Gür einsetzen. Sie sagt: „Wir brauchen eine stärkere Zusammenarbeit der Kommunen untereinander und den Willen Projekte zu fördern. Dadurch kann der hohe Beratungsbedarf gedeckt werden. Das ist mir auch wichtig, wenn wir den Blick auf die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum oder die Barrierefreiheit richten.“